## **Draft resolution for a Science-Policy Panel to support action on chemicals, waste and pollution, submitted by Costa Rica, Ghana, Mali, Switzerland, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, and Uruguay[1]**

Datum: Bitte Anfang Januar 2022 senden

Sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Frau Lemke

Ich möchte Sie auf den obigen Resolutionsentwurf zur Einrichtung eines Weltwissenschaftsrats zum Thema Chemikalien und Abfälle, analog zum internationalen Klimarat (IPCC) und Biodiversitätsrat (IPBES), aufmerksam machen und Sie dringend darum bitten, diesen zu unterstützen. Dieser Resolutionsentwurf wird auf der bevorstehenden Sitzung der Umweltversammlung der Vereinten Nationen (UNEA5.2) vom 28. Februar bis 2. März 2022 in Nairobi, Kenia, eingebracht werden.

Als Wissenschaftler befasse ich mich sowie die unterzeichnenden Kolleginnen und Kollegen mit dem Verbleib und den Auswirkungen chemischer Schadstoffe in der Umwelt. Wir sind sehr besorgt über die Bedrohung der menschlichen und ökologischen Gesundheit durch toxische und persistente Chemikalien und Abfälle. Man schätzt, dass die Exposition von Menschen mit schädlichen Chemikalien jedes Jahr weltweit mehr als eine Million vorzeitiger Todesfälle verursacht, und dies vor dem Hintergrund, dass die weltweite Produktion von Chemikalien und Abfällen stetig zunimmt, ohne dass eine angemessene, evidenzbasierte globale Koordination und Kontrolle des Managements von Chemikalien und Abfällen existiert. Daher wird mein Schreiben an Sie als Bundesumweltministerin von zahlreichen Kolleginnen und Kollegen (siehe Namensliste am Ende des Briefes) unterstützt.

Wie die Arbeitsprioritäten des UNEP für 2022–25 zeigen, ist die internationale Gemeinschaft entschlossen, die drei miteinander verknüpften globalen Umweltbedrohungen Klimawandel, Verlust der biologischen Vielfalt sowie Schadwirkungen von Chemikalien, Abfällen und Verschmutzung gemeinsam anzugehen. In einer Reihe von Hintergrundberichten, die das UNEP als Reaktion auf die UNEA-Resolutionen erstellt hat, wurde nachdrücklich auf die Notwendigkeit solider, glaubwürdiger und wissenschaftlicher Bewertungen hingewiesen, um zeitnahe politische Maßnahmen zur Minderung der von Chemikalien, Abfällen und Verschmutzung ausgehenden Risiken auf globaler, nationaler und regionaler Ebene zu unterstützen. Solche Bewertungen müssen von sachkundigen, unabhängigen und repräsentativen Expertinnen und Experten erarbeitet werden, und es muss in einem offenen und transparenten Verfahren erfolgen.

Mehrere wissenschaftlich-politische Gremien befassen sich bereits mit spezifischen Fragen im Bereich "Chemikalien, Abfälle und Umweltverschmutzung", zum Beispiel im Rahmen der Übereinkommen von Basel, Rotterdam, Stockholm und Minamata. Es bestehen jedoch erhebliche Lücken bei der Abdeckung kritischer Themen, z. B. von toxischen Schwermetallen wie Blei, hochgefährlichen Pestiziden, endokrin wirksamen Chemikalien und vielen anderen Stoffen, die von den bestehenden Rahmenwerken nicht abgedeckt werden. Darüber hinaus verfügen die bestehenden Rahmenwerke im Allgemeinen nicht über Mechanismen zur proaktiven Erfassung neuer und aufkommender Bedrohungen oder zur wirksamen Zusammenarbeit mit dem IPCC und dem IPBES.

Chemikalien, Abfälle und Verschmutzung stellen eine globale Umweltbedrohung dar, die keine nationalen Grenzen kennt. Solche komplexen Probleme können nur durch gemeinsame Anstrengungen aller Mitglieder der internationalen Gemeinschaft angegangen werden, die sich an den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren. Die Aktivitäten des IPCC und des IPBES zeigen, dass der mittel- bis langfristige Nutzen die kurzfristigen Investitionen zur Einrichtung solcher Institutionen bei weitem überwiegen wird.

Als Reaktion auf diese Notwendigkeit werden mehrere Länder auf der bevorstehenden UNEA5.2-Tagung einen Resolutionsentwurf vorlegen, in dem sie ein zwischenstaatliches Gremium für Chemikalien, Abfall und Verschmutzung fordern. Zu diesen Ländern gehören bisher Costa Rica, Ghana, Mali, die Schweiz, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland sowie Uruguay. Ich möchte Sie als Vertreterin der deutschen Bundesregierung dringend bitten, diesen Resolutionsentwurf mitzutragen und auf der kommenden UNEA5.2-Sitzung zu unterstützen. Zudem möchte ich Sie bitten, auf dieses Schreiben vor der UNEA5.2 zu antworten und den Standpunkt der deutschen Bundesregierung zu diesem Vorschlag zu erläutern.

Mit besten Dank und freundlichen Grüßen,

[1] <https://tinyurl.com/a3wc456s>